

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Internationale Zusammenarbeit - aber wie?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1950) : Internationale Zusammenarbeit - aber wie?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 30, Iss. 7, pp. 6-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131138>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Haben Kredite die Arbeitslosigkeit verringert?

Das Problem der Auswirkungen von Investitionskrediten auf den Arbeitsmarkt ist in letzter Zeit aus Anlaß der Inangriffnahme des Arbeitsbeschaffungs-Programms der Bundesregierung wieder besonders akut geworden. Es ist nicht zu leugnen, daß dieses Programm in erster Linie das Ziel verfolgte, die im Frühjahr auf 2 Millionen angestiegene Arbeitslosenzahl rasch und beträchtlich zu vermindern. Daß dieses Ziel einer schnellen Entlastung des Arbeitsmarktes nicht erreicht werden konnte, hätte man auf Grund der Erfahrungen, die mit der Investitionsfinanzierung aus Gegenwertmitteln im vergangenen Jahr laufend gemacht wurden, erkennen müssen, denn dort wie hier sollten nicht etwa verlorene Zuschüsse für im einzelnen festgelegte und ausgearbeitete Projekte bereitgestellt werden; es sollten vielmehr die mit dem Zentralbank-System vereinbarten Vorfinanzierungsbeträge in Form langfristiger Investitionskredite in die Wirtschaft fließen, wobei man ausdrücklich auf die Schaffung von Dauerarbeitsplätzen Wert legte.

Wenn auch der letztgenannte Gedanke durch die nachträgliche Berücksichtigung der Wünsche der Notstandsländer im Rahmen des Schwerpunkt-Programms zum Teil verwässert wurde — was im übrigen zu erheblichen Verzögerungen in der Bestimmung der zu berücksichtigenden Vorhaben führte — so änderte sich hierdurch nichts an dem ursprünglichen Plan, die Mittel im Wege des Bankkredits für Investitionszwecke einzusetzen. Die Bereitstellung von Investitionskrediten aber, für deren Verzinsung und Rückzahlung der Darlehnsnehmer einzustehen hat und bei dem deshalb die erforderlichen Rentabilitäts- und Sicherheitsvoraussetzungen vorliegen müssen, erfordert dann eine besonders sorgfältige Prüfung der

Vorhaben und der Absatzchancen der begünstigten Wirtschaftszweige, wenn man einen volkswirtschaftlich nachhaltigen und arbeitsmarktpolitisch entlastenden Effekt erzielen will. Dies erfordert Zeit.

Auch nach erfolgter Kreditzusage können in vielen Fällen sofortige Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt nicht erwartet werden, einerseits, weil die Kredite vielfach zur Ablösung bereits gegebener kurzfristiger Vorfinanzierungen verwendet werden, andererseits, weil sich die mit den Investitionen erstrebte Rationalisierung und Modernisierung der Betriebe und damit die Verbreiterung der Absatzbasis und Produktion erst nach ihrer Durchführung bemerkbar machen können. Letzteres gilt

namentlich für die Wirtschaftszweige, die stark exportintensiv sind. Ein unmittelbarer Einfluß auf die Beschäftigungslage dürfte sich nach erfolgter Genehmigung der Kredite lediglich durch die Aufträge der Kreditnehmer auf Erstellung ihrer Investitionsvorhaben ergeben.

Da der Großteil der staatlich zur Verfügung gestellten Investitionsdarlehen, sei es aus Gegenwertmitteln, sei es im Rahmen des Arbeitsbeschaffungs- und Wohnungsbau-Programms, erst ab Frühjahr 1950 eingesetzt worden ist, dürften nach allem wesentliche und nachhaltige Rückgänge in der Arbeitslosenzahl als Folge dieser Kredite nicht vor dem Herbst dieses Jahres zu erwarten sein. (kr)

Vernachlässigung wirtschaftlicher Zusammenhänge

„Soll das innere Gleichgewicht und die Stabilität der westdeutschen Wirtschaft nicht gefährdet werden, so ist eine Erwerbslosigkeit in dem oben skizzierten Umfang (1,7 Mill. Erwerbslose) nicht vermeidbar.“ Dieser Satz aus dem deutschen OEEC.-Memorandum vom Dezember 1949 kennzeichnet die befolgte Wirtschaftspolitik. Sie krankt an einer Überbewertung der technischen Errungenschaften und macht sich der Vernachlässigung der Axiomatik von wirtschaftlichen Vorgängen schuldig. Jeder Kredit birgt eine Geldschöpfung in sich, die notwendig ist, um eine Stagnation zu überwinden. Kredite sind nur dann wirksam, wenn sie großzügig eingesetzt werden. Insofern ist kaum von einer Kreditausweitung zu sprechen. Bei den Banken fehlt die Fähigkeit und Bereitwilligkeit, Kredit zu gewähren, auch die Bereitwilligkeit, einer Kreditverschuldung gegenüberzustehen. Bei den großen Investitionsvorhaben handelt es sich nicht um Arbeitsbeschaffungs-

maßnahmen nach Art von Notstandsmaßnahmen. Die überaus sorgfältige Auswahl geeigneter Vorhaben, um Fehlinvestitionen zu vermeiden, läßt die Aktion nur langsam wirksam werden. Von staatlicher Seite sind wohl erhebliche Mittel sowohl für effektive Kredite wie auch für Ausfallbürgschaften vorgesehen und auch schon Zusagen erteilt worden, wenn von den Finanzbehörden die Mittel für diese Zwecke bereitgestellt werden können, und das ist fraglich.

Es ist also abwegig, das wahrscheinlich nur zeitweilige Absinken der Arbeitslosenziffer als einen Erfolg der sehr zurückhaltend eingeleiteten Kreditausweitung zu verbuchen. Konnte nach dem Stand der Dinge der Konsumtivkredit das Agens des wirtschaftlichen Auftriebs sein, so liegt jetzt nach der Überwindung der materiellen Engpässe das Schwergewicht für die Kredithergabe beim Produktivkredit, zumal sich auch inzwischen das inländische Preisniveau, z. T.

als Folge der Abwertungswelle, dem niedrigeren Niveau der Auslandspreise hat anpassen können. Die Folge wäre dann eine progressive konjunkturelle Aufwärtsbewegung in den Investitionsgüterindustrien gewesen, um die die Verbrauchsgüterindustrien oszillieren.

Das ist leider nicht so, denn der Trend steht in einer engen Relation zur saisonbedingten stärkeren Beschäftigung im Baugewerbe und hat lediglich mit nur recht geringen Ausnahmen knapp den Stand vom November vorigen Jahres überschritten, so daß er mehr dem jahreszeitlichen Rhythmus einzuordnen ist. Bei der Kohle hat sich aus dem Absatzproblem ein Preisproblem entwickelt. Der Schiffbau hat den Stand vom April vorigen Jahres unwesentlich überschritten, nachdem er auf die Hälfte seiner damaligen Erzeugung zurückgegangen war. Ein günstigeres Bild zeigt der Fahrzeugbau und die Chemie. Eine langsame, aber stete Aufwärtsentwicklung zeigt in der Verbrauchsgüterindustrie die Papier- und die Textil- oder Kunstfasererzeugung, während die Keramik erst wieder ihren bisher höchsten Stand vom Februar 1949 erreicht hat. Neben der Bauindustrie zeigen die Nahrungs- und Genußmittelindustrien vorteilhafte Entwicklung. Trotz der verbesserten Einzelhandelsumsätze klagt ein großer Teil der Industrie über Absatzmangel und hat mit einem starken Wettbewerb zu rechnen. Aber die am internationalen Rohstoffmarkt festzustellenden Preissteigerungen könnten auf eine Stabilisierung des Preisniveaus hinwirken. Es ist deshalb mit einer Auffüllung der Lager zu rechnen, zumal die Steuererleichterungen die Kaufkraft gefestigt haben.

Es ergibt sich also, daß sich die Wirtschaft zum gewissen Teil aus eigener Kraft und Initiative aus der Stagnation herauswindet. Die Banken müssen erkennen, daß der Kredit weniger Selbstzweck ist, sondern mehr ein Mittel im fein verästelten Kapitalleitungs- und Kapitalverteilungssystem. Indem er die Gegenwart mit der Zukunft verbindet, erleichtert der Kredit die Stetigkeit des Produktionsganges. Die Banken sind jetzt durch die ihnen gebotenen Refinanzierungs-

möglichkeiten liquider geworden. Im übrigen stellen sie bei der Kreditgewährung nicht irgendwelche „freien“ Mittel zur Verfügung. Die Mittel, die sie den Kreditnehmern zur Verfügung stellen, schaffen sie selbst durch ihre Zahlungsverprechen. Man kann heute noch nicht sagen, daß sie ihre Mittel im Sinne ihrer Aufgabe in der Wirtschaft eingesetzt haben und einen wesentlichen Teil dazu beitrugen, die Not der Arbeitslosigkeit zu be-

heben. Auch die Finanzierungs-institute haben noch die Berechtigung ihres Daseins unter Beweis zu stellen. Um wirtschaftspolitisch einen möglichst schnellen und durchgreifenden Erfolg zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu erreichen, sind im abgewogenen Verhältnis Kredite der Investitions- und der Verbrauchsgüterindustrie zu gewähren und solche Betriebe zu bevorzugen, die dem Export dienen. (Sa)

Quantitative Auswirkungen von Krediten

Wenn heute schon der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Verbindung gebracht wird mit Auswirkungen der verschiedenen Kreditaktionen, so muß grundsätzlich darauf hingewiesen werden, daß eine eindeutig nachrechenbare kausale Beziehung zwischen Kreditausweitung und Mehrbeschäftigung nicht aufgezeigt werden kann. Unser heutiger Stand der Registriermittel für wirtschaftliche und soziale Abläufe erlaubt einen wirklich exakten Nachweis gar nicht.

Es bedürfte schon einer sehr differenzierten Kettenstatistik, um über eine Reihe von zeitlichen Querschnitten wenigstens rückwirkend die quantitative Auswirkung einer Kredithergabe zu ermitteln. Die einfache Kopplung der Kreditausweitung mit der Mehrbeschäftigung in einem beliebigen späteren Zeitpunkt reicht auf keinen Fall aus.

In dem Sinken der Arbeitslosenziffern in den letzten Monaten ist nun praktisch zunächst die ganz elementare Frage aufzuwerfen, ob das Ausmaß der Mehrbeschäftigung den üblichen Saisonanstieg überschreitet. Bis heute dürfte dies — für sämtliche Berufsgruppen gesehen — nicht der Fall sein.

Daraus läßt sich wiederum noch nicht folgern, daß die verschiedenen Kreditaktionen keine Auswirkungen gehabt hätten. In vielen Fällen liegt es so, daß die rechtzeitige Kredithergabe Entlassungen und eine Verschlechterung des Arbeitsmarkts verhindert hat. Soweit es sich ferner um Kleinkredite für Betriebsgründungen oder die Aufrechterhaltung von Kleinstbetrieben handelte, waren die Betriebsinhaber bei den Arbeitsämtern gar

nicht registriert; neu aufgenommene Kräfte rekrutierten sich vielfach aus Verwandten- und Bekanntenkreisen, die bisher weder einen regulären Arbeitsplatz hatten, noch gemeldete Arbeitslose waren. Sie fanden ein Existenzminimum durch Hilfsarbeiten und Unterstützungen.

Neben diesen Faktoren, die die quantitative Bestimmung einer positiven Auswirkung erschweren, sei hier nur noch auf zwei wirtschaftliche Fragen hingewiesen, die nicht übersehen werden können.

Nach welchem Zeitpunkt kann zunächst eine tatsächliche Kreditausschüttung schon zu Mehreinstellungen führen? (Davon, daß es auch Verhältnisse geben kann, wo diese Frage in dieser einfachen Formulierung überhaupt nicht sinnvoll ist — Investitionskredite zu Rationalisierungszwecken, zur Förderung arbeitszeitsparender Methoden — sei ganz abgesehen.)

Diese Frage dürfte für verschiedene wirtschaftliche Aufgabstellungen sehr unterschiedlich zu beantworten sein. An einer Stelle müssen erst zeitraubende Planungs- und Entwicklungsaufgaben abgeschlossen werden, ehe mit einer Fertigung — für die der Kredit bestimmt ist — begonnen werden kann, an anderer Stelle wird zur Inangasetzung einer Fertigung in starkem Maße auf Vorratslager zurückgegriffen, und erst deren Auffüllung führt zu Impulsen auf dem Arbeitsmarkt, an einer dritten Stelle spielen Grund- und Anlagenerwerbungen, die sich längere Zeit hinausziehen, eine große Rolle. Es müssen Bauvorhaben durchgeführt werden, für die aber nur ein Bruchteil des Kredits in Anspruch genommen wird.

Daneben ist aber auch eine zweite Frage beachtlich. Auch wenn Kredite in kürzerer Zeit zum Tragen kommen, wirkt sich unmittelbar auf den Arbeitsmarkt stets nur ein Bruchteil des Kredits aus. Als günstigster Fall für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird in traditioneller Weise der Baubau angesehen, weil hier „schnell gearbeitet“ wird und weil auch nach außen gut erkennbare Sekundärwirkungen vorhanden sind.

Dennoch ist aber die kurzfristige Auswirkung von Baukrediten auf den Arbeitsmarkt begrenzt. Nur 38 % der Baukosten eines Indexhauses gehen unmittelbar in Löhne, Gehälter und Zuschläge für die Bearbeitung der Baustoffe ein. Noch krasser ist das Verhältnis von Lohnanteilen zu sonstigen Kosten in vielen industriellen Fertigungen.

Es dürfte deshalb verfrüht sein, schon heute eine Bilanz zwischen Kredithergabe und Arbeitsmarkt zu ziehen. Im übrigen kann das Anstreben einer unmittelbaren positiven Auswirkung von Kredithergaben auf die Beschäftigungslage eine falsch verstandene Aufgabe sein, wenn nur die Konsumgütererzeugung durch die Kreditausweitung begünstigt wird. Auf lange Sicht kann eine Investitionsförderung, die im Augenblick auf dem Arbeitsmarkt gar keine Erfolge zeitigt, eine viel bessere Grundlage für einen optimalen Beschäftigungsstand bilden als eine Kreditpolitik mit Augenblickserfolgen. (ndt)

Gefährliche Parallelen

Das koreanische Ereignis hat in den letzten 14 Tagen die Betrachtung wirtschaftlicher Fragen in den Hintergrund der Weltpresse treten lassen. Aber dieses Ereignis selbst ist, so politisch es sich auch anläßt, wirtschaftspolitischer Natur, wie in der gegenwärtigen Epoche alle politischen Ereignisse ihre wirtschaftspolitische Basis haben. Es geht dabei, wie bereits in den beiden vergangenen Weltkriegen, um die Bildung wirtschaftlicher Großräume und die Absteckung wirtschaftlicher Einflusssphären.

Soweit es sich um die Durchbrechung des nationalwirtschaftlichen Systems handelt, liegt diese Tendenz in einer unaufhaltsamen weltwirtschaftlichen Entwicklung. Es fragt sich nur, ob dieser Reifungsprozeß durch machtpolitische Auseinandersetzungen nicht mehr gestört als gefördert wird. So hat sich gezeigt, daß sowohl nach dem ersten wie nach dem zweiten Weltkrieg Wirtschaftsräume, die sich auch unabhängig von der vorangegangenen kriegerischen Auseinandersetzung gebildet hatten, aus machtpolitischen Gründen wieder zerschlagen wurden. Und diese atomistische Zerschlagung hat neben den wirtschaftlichen Schädigungen soviel Zündstoff für neue machtpolitische Auseinandersetzungen angehäuft, daß es schwer wird, noch mit Optimismus an eine organische Großraumentwicklung zu glauben. Die koreanische Teilung ist nur einer dieser Zündstoffe, und es liegt deshalb nahe, Parallelen zu der Entwicklung in diesem Raum auch zu der Entwicklung in anderen Räumen aufzustellen.

Das Aufstellen solcher Parallelen ist sehr gefährlich, denn es verführt den einzelnen Menschen dazu, sich widerstandslos in eine ihm unabwendbar erscheinende Entwicklung hineintreiben zu lassen. Wir sollten aber allen Mut zusammennehmen, um uns solchen „Unentrinnbarkeiten“ zu widersetzen. Aber woher soll der einzelne den Mut dazu nehmen? Seit Jahrzehnten wächst die Angst im Menschen vor unentrinnbaren wirtschaftlichen und politischen Gefahren, wächst das Gefühl des Ausgeliefertseins an unkontrollierbare Mächte, und jeder einzelne sucht für sich ein kleines Fleckchen Ruhe und ein kleines Stückchen Zufriedenheit dadurch zu retten, daß er sich irgendwie mit seinem kleinen Ich vor dem Unentrinnbaren versteckt und sich mit den sogenannten Entwicklungen widerstandslos abzufinden versucht. Keine Wirtschafts- und Sozialordnung hat es bisher vermocht, die Angst vor dem Unentrinnbaren zu bannen und innerlich freie Menschen zu schaffen.

Wenn wir die Entwicklung zu wirtschaftlichen Großräumen bejahen, so bejahen wir damit nicht, daß die ganze Welt sich zwangsläufig in zwei machtpolitisch begründete Einflusssphären aufteilt. Diejenigen, die guten Willens sind, müssen den Mut aufbringen, sich innerlich den „Unentrinnbarkeiten“ zu widersetzen, und dazu gehört auch, daß wir uns vor gefährlichen Parallelen hüten. (sk)

Das Problem Korea

Es ist unverkennbar, daß London durch den Beginn der Kämpfe in Korea weniger überrascht worden ist als Washington. Nicht etwa, daß man bessere „Informationen“ gehabt hätte. Nein, man hatte einfach das sowjetische Interesse in Asien richtiger eingeschätzt. Schon auf der Außenministerkonferenz in London hatte man Acheson begreiflich zu machen versucht, daß die Sicherung Asiens ebenso dringlich sei wie die Europas und daher gleichzeitig mit dieser geplant werden müsse.

Dieses britische Argument hatte sich auf der Londoner Konferenz nicht durchsetzen können, weder im militärischen Aspekt — die

Notizbuch

FÜR WIRTSCHAFT UND SCHIFFAHRT IM NORDWESTDEUTSCHEN RUNDFUNK

Der Nordwestdeutsche Rundfunk Hamburg begann am 15. Mai mit der Ausstrahlung eines zweiten Programms Nord über Ultra-Kurzwelle (3-Meter-Band). Das Programm ist vorwiegend für die Hörer in Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen) bestimmt.

Innerhalb dieses Programms öffnet der Nordwestdeutsche Rundfunk an jedem Werktag außer sonntags für 5 Minuten um 20.10 Uhr ein „Notizbuch für Wirtschaft und Schifffahrt“. Es enthält wichtige Nachrichten und Hinweise für Kaufleute, Industrielle, Handwerker, Reederei und andere Wirtschaftsfachleute. Einen besonders breiten Raum nehmen innerhalb jeder Sendung Markttips für den Außenhandel ein.

Der Wirtschaftsfunk des NWDR bittet alle an dieser Sendung interessierten Wirtschaftskreise, die „Wirtschaftsnotizen“ kritisch abzu hören und dem NWDR mitzuteilen, welche Ergänzungen oder Veränderungen für diese Sendung für zweckmäßig gehalten werden.

Waffenhilfe für Indochina erschien den Engländern unzulänglich und falsch angesetzt — noch im wirtschaftlichen. Das „große Dreieck“: gehobener Lebensstandard in Ostasien durch Lieferung europäischer Produktionsgüter, die durch amerikanische Mittel zu finanzieren wären, dieses Dreieck blieb auf der Londoner Konferenz Theorie. Jetzt wird es, zumindest in der militärischen Sphäre, aktuellste Praxis.

Was wird aus der Wirtschaftshilfe für Ostasien? Es ist in London klar, daß — solange das koreanische Eisen im Kongreß noch heiß ist — auch dafür aktive Vorbereitungen in Washington getroffen werden, angefangen von — noch strategisch orientierten — Anleihen für den Straßenbau in Siam und zunehmender Bereitschaft zu Gummikäufen aus Malaya bis zur Erwägung langfristiger Hilfe für Burma, größerer Investitionen in Indien und Pakistan und einer generellen Beschleunigung von Trumans Punkt Vier.

Soweit ist man mit der Reaktion auf die sowjetisch inspirierte Aktion der amerikanischen öffentlichen Meinung gegen Südkorea recht zufrieden. Man hatte in den ersten Tagen auch in England nicht gedacht, daß Truman die amerikanische Öffentlichkeit — und die UNO — so resolut anführen werde. Dagegen fürchtet man in London, daß eine andere Seite der sowjetischen Blockbildung von den Amerikanern noch nicht richtig eingeschätzt und nicht genügend berücksichtigt werde. Der sowjetisch kontrollierte Block, von Südosteuropa bis Nordkorea, soll nach britischer Beurteilung nicht nur bis an die Grenze des westlichen Widerstandes erweitert, sondern auch auf der Basis seiner natürlichen Reichtümer so autark wie möglich gemacht werden.

Das bedeutet einmal, daß wichtige Nahrungsmittelexporte aus Südosteuropa wie aus den sowjetisch kontrollierten Teilen Ostasiens nur nach zentraler Moskauer Exportplanung verfügbar werden. Zum anderen — und das erscheint britischen Industriellen zumindest als noch gefährlicher — bedeutet es die Abriegelung eines so wichtigen Marktes wie China vom Konsumgüterangebot.

Schließlich sieht man am Fall Korea erneut bestätigt, was England aus eigener Anschauung in Malaya erfährt und zudem in Indonesien und Indochina beobachten kann: Es genügt nicht, den Völkern Asiens Waffen und Ernährung zu

bieten. Man muß ihnen auch Selbstverantwortung (und auch die erforderlichen Mittel dazu) geben und sie auf diese Weise zu überzeugen trachten, daß der Westen seine alten Kolonialgedanken endgültig aufgegeben hat. (—n, London)

Internationale Zusammenarbeit — aber wie?

„Internationale Zusammenarbeit muß mehr als Welthandel sein“ mit diesem verheißungsvollen Ausblick schloß Prof. Piatier, der uns in Hamburg und Kiel besuchte, seine Ausführungen vor einem Kreis von Wirtschaftlern und fand damit ungeteilte Zustimmung. Über das Programm der deutsch-französischen Zusammenarbeit hinaus muß dieses das Ziel der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft werden. Was heißt aber „Zusammenarbeit“ auf diesem oder jenem Wirtschaftsgebiet? Und mit dieser Frage kommen wir an den für uns Deutschen „neuralgischen Punkt“ (so bezeichnete es Prof. Mackenroth in seiner geistvollen Diskussionsfrage). Wenn Madame Piatier charmant auf den „deutschen Charakter“ einer solchen Fragestellung hinwies, so wollen wir ebenso liebenswürdig darauf antworten, daß es zur Durchführung einer Zusammenarbeit immer Naturen verschiedenen Charakters geben muß, um die vielen Probleme eines solchen Vorhabens wirklich meistern zu können, und irgendwie stößt diese Fragestellung auf den Kern der Sache vor, den wir trotz aller Unbequemlichkeiten nicht umgehen dürfen.

Trotz der betonten Ablehnung internationaler Kartelle früherer Prägung wird sich eine Zusammenarbeit, auf welchem Gebiet auch immer, in der Aufstellung von Produktionskontingenten oder in Absprachen über Produktionstypen, in der Zuteilung von Absatzmärkten, im Einsatz von Kapitalien, in der Festlegung von Kalkulationen und Absatzpreisen realisieren, und dabei wird es immer ein Aushandeln auf Grund der wirtschaftlichen Stärkeverhältnisse geben. Solange das nationalwirtschaftliche System erhalten bleibt, fließen die Erträge die auf Grund einer solchen Vereinbarung erzielt werden, und kommen die Vorteile, die sich be-

schäftigungsmäßig daraus ergeben, den einzelnen Nationalwirtschaften zu. Es ist heute schwer, einen objektiven Plan einer solchen Zusammenarbeit unabhängig von der gegenwärtigen wirtschaftlichen Machtkonstellation etwa nach objektiven Standortsbedingungen aufzustellen. Durch die Entwicklung der Technik und des Verkehrs hat die alte Standortslehre weitgehend ihre Gültigkeit verloren. Und es ist nur verständlich, wenn wir uns in unserer nachteiligen Wirtschaftssituation (denn wir sind ja nur das Torso einer Volkswirtschaft) Sorgen darüber machen, ob unsere augenblickliche Benachteiligung sich nicht irgendwie auf die konkreten Abmachungen solcher Zusammenarbeit auswirken muß.

Es darf nicht das Ergebnis dieser mit soviel gutem Willen ins Leben gerufenen Zusammenarbeit sein, daß sich vorübergehend Zweckzusammenschlüsse von Industriegruppen ergeben, die sich über kurz oder lang bei einer Veränderung der Interessenlage wieder auflösen, wie es das Schicksal aller früheren internationalen Zusammenschlüsse gewesen ist. Aber um mehr erreichen zu können, muß das nationalwirtschaftliche System durchstoßen werden, und das geht nur, wenn die Wirtschaftsrechnungen der beteiligten Räume nicht mehr für sich bilanziert werden, sondern ineinanderfließen und die gleichmäßige Berücksichtigung aller, auch der benachteiligten Teilgebiete, gewährleistet ist. Wenn wir das feststellen, so soll daraus klar werden, daß wir mit dem Anrühren an den „neuralgischen Punkt“ nicht eine Reserve zum Ausdruck bringen wollen, sondern daß wir gerade damit die Forderung des französischen Wissenschaftlers unterstreichen und uns bemühen, auch die konkreten Punkte zu beachten und die realen Auswirkungen abzuschätzen. (h)